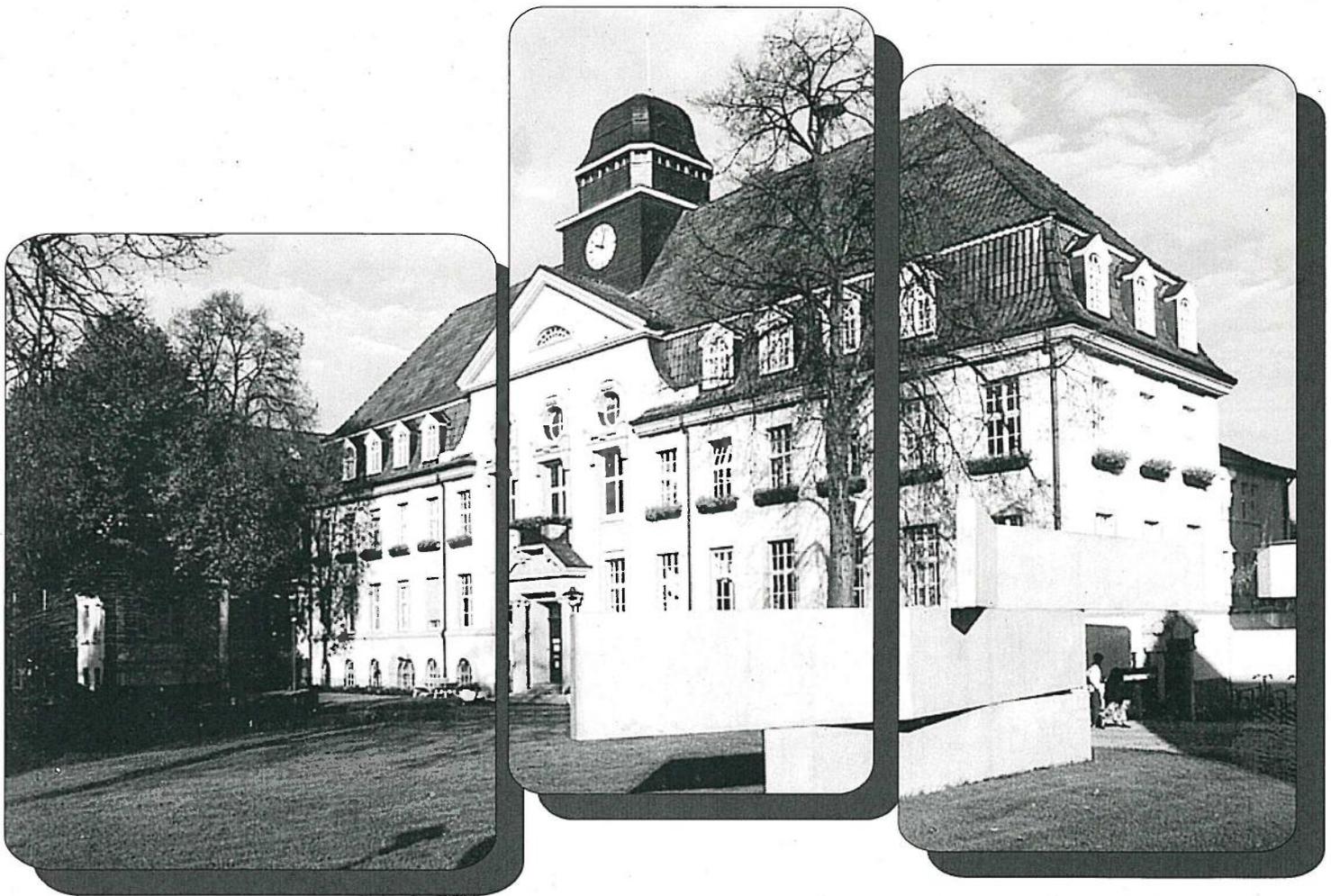


Amtsblatt der Stadt Selm

Jahrgang: 57/2020
Ausgabetag: 19.10.2020

29



<u>Inhaltsverzeichnis:</u>	<u>Seite:</u>
1. Bekanntmachung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Verkehrsflächen und in Anlagen im Gebiet der Stadt Selm vom 13.10.2020	3
2. Bekanntmachung der Satzung über den Ersatz des Verdienstausfalls, der Kinderbetreuungskosten und der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Selm vom 13.10.2020	11
3. Bekanntmachung über die Einebnung von Reihengräbern auf den Kommunalfriedhöfen In Selm	14
4. Kraftloserklärung einer Sparkassenurkunde der Sparkasse an der Lippe	15

Herausgeber: Stadt Selm – Der Bürgermeister
Redaktion: Georg Hillmeister, Zentrale Dienste

Das Amtsblatt kann nach Erscheinen im Dienstgebäude Adenauerplatz 2 oder auf der Internetseite der Stadt Selm (www.selm.de) eingesehen werden. Darüber hinaus kann das Amtsblatt auf entsprechenden Antrag kostenlos per E-Mail übersandt werden.

Bestellungen an: Stadt Selm, Zentrale Dienste
Adenauerplatz 2, 59379 Selm
Telefon: 02592 / 69-140
E-Mail: g.hillmeister@stadtselm.de

Ordnungsbehördliche Verordnung
über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Verkehrsflächen und in Anlagen
im Gebiet der Stadt Selm
vom 13.10.2020

Aufgrund der §§ 1, 27 und 31 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG) in der zur Zeit geltenden Fassung wird von der Stadt Selm als örtliche Ordnungsbehörde auf Beschluss des Rates der Stadt Selm vom für das Gebiet der Stadt Selm folgende Ordnungsbehördliche Verordnung erlassen:

§ 1

Begriffsbestimmungen

1. Verkehrsflächen im Sinne dieser Verordnung sind ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse oder eine öffentlich-rechtliche Widmung alle dem öffentlichen Verkehr dienenden Flächen.

Zu den Verkehrsflächen gehören insbesondere Straßen, Fahrbahnen, Bürgersteige, Plätze, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, Böschungen, Rinnen und Gräben, Brücken, Unterführungen, Geh- und Radwege, Flächen sonstiger Zweckbestimmung, die mit der Benutzung der Straßen im Zusammenhang stehen (z.B. verkehrsberuhigte Bereiche, Fußgängerzonen, Parkplätze), Treppen und Rampen vor der Straßenfront der Häuser, soweit sie nicht eingefriedet sind.

2. Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse insbesondere alle der Allgemeinheit zur Nutzung zur Verfügung stehenden oder bestimmungsgemäß zugänglichen

1. Grün-, Erholungs-, Spiel- und Sportflächen, Waldungen, Gärten, Friedhöfe sowie die Ufer und Böschungen von Gewässern;
2. Ruhebänke, Toiletten, Kinderspiel- und Sporteinrichtungen, Schulgrundstücke - soweit sie für die Öffentlichkeit freigegeben sind - Fernsprecheinrichtungen, Wetterschutz- und ähnliche Einrichtungen;
3. Denkmäler und unter Denkmalschutz stehende Baulichkeiten, Kunstgegenstände, Standbilder, Plastiken, Anschlagtafeln, Beleuchtungs-, Versorgungs-, Kanalisations-, Entwässerungs-, Katastrophenschutz- und Baustelleneinrichtungen sowie Verkehrsschilder, Hinweiszeichen und Lichtzeichenanlagen.

§ 2

Allgemeine Verhaltenspflicht

Auf Verkehrsflächen und in Anlagen hat sich jeder so zu verhalten, dass andere nicht gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert werden. Die Benutzung der Verkehrsflächen und Anlagen darf nicht vereitelt oder beschränkt werden, soweit durch andere Rechtsvorschriften, insbesondere Vorschriften der Straßenverkehrsordnung, nichts anderes bestimmt ist.

§ 3**Schutz der Verkehrsflächen und Anlagen**

1. Die Anlagen und Verkehrsflächen sind schonend zu behandeln. Sie dürfen nur ihrer Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden. Vorübergehende Nutzungseinschränkungen auf Hinweistafeln sind zu beachten.
2. Es ist untersagt,
 1. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen unbefugt Sträucher und Pflanzen aus dem Boden zu entfernen, zu beschädigen oder Teile davon abzuschneiden, abzubrechen, umzuknicken oder sonst wie zu verändern;
 2. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen unbefugt Bänke, Tische, Einfriedigungen, Spielgeräte, Verkehrszeichen, Straßen- und Hinweisschilder und andere Einrichtungen zu entfernen, zu versetzen, zu beschädigen oder anders als bestimmungsgemäß zu nutzen;
 3. in den Anlagen zu übernachten oder zu campieren;
 4. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen, insbesondere auf Grünflächen, Gegenstände abzustellen oder Materialien zu lagern;
 5. die Anlagen zu befahren; dies gilt nicht für Unterhaltungs- und Notstandsarbeiten sowie für das Befahren mit Kinderfahrzeugen und Fortbewegungsmitteln wie Krankenfahrstühlen.
 6. Sperrvorrichtungen und Beleuchtungen zur Sicherung von Verkehrsflächen und Anlagen unbefugt zu beseitigen, zu beschädigen oder zu verändern sowie Sperrvorrichtungen zu überwinden;
 7. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen durch unmittelbares Einwirken auf Personen, insbesondere unter Mitführung von Hunden, durch „in den Weg stellen“ oder Anfassen zu betteln (aggressives Betteln);
 8. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen an ortsfesten Ansammlungen von Personen teilzunehmen, sofern von diesen Störungen ausgehen, wie z.B. Verunreinigungen, Belästigung von Passanten, aggressives Betteln.
 9. Hydranten, Straßenrinnen, Einflussöffnungen, Kanalschächte, Einstiege und Abdeckungen von Ver- und Entsorgungsleitungen und ähnliche Einrichtungen zu verdecken, zu verstopfen oder ihre Gebrauchsfähigkeit sonst wie zu beeinträchtigen;
 10. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen in betrunkenem Zustand oder unter Einfluss von Rauschmitteln mit erkennbaren Ausfallerscheinungen oder zur Abhaltung von Trinkgelagen zu verweilen;
 11. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen die Notdurft zu verrichten;
 12. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen Lärm zu verursachen, der geeignet ist, die Allgemeinheit, die Nachbarschaft oder Einzelne zu belästigen, z.B. durch rufen, schreien, sonstiges Erzeugen lauter Geräusche;
 13. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen offene Feuerstellen anzulegen oder zu grillen

14. sich in den Anlagen und Verkehrsflächen aufzuhalten, wenn entsprechende Hinweis- bzw. Verbotsschilder vorhanden sind.

§ 4

Werbung, Wildes Plakatieren

1. Es ist verboten, auf Verkehrsflächen und in Anlagen - insbesondere an Bäumen, Haltestellen und Wartehäuschen, Strom- und Ampelschaltkästen, Lichtmasten, Signalanlagen, Verkehrszeichen und sonstigen Verkehrseinrichtungen, an Abfallbehältern und an sonstigen für diese Zwecke nicht bestimmten Gegenständen, sowie an den im Abgrenzungsbereich zu den Verkehrsflächen und Anlagen gelegenen Einfriedigungen, Hauswänden und sonstigen Einrichtungen, Flugblätter, Druckschriften, Handzettel, Geschäftsempfehlungen, Veranstaltungshinweise und sonstiges Werbematerial anzubringen, zu verteilen oder zugelassene Werbeflächen zu überkleben oder zu übermalen.
2. Ebenso ist es verboten, die in Abs. 1 genannten Flächen, Einrichtungen und Anlagen zu bemalen, zu besprühen, zu beschriften, zu beschmutzen oder in sonstiger Weise zu verunstalten.
3. Ausgenommen von dem Verbot sind die von der Stadt/Gemeinde genehmigten Nutzungen und baurechtlich genehmigten Werbeanlagen. Solche Werbeanlagen dürfen jedoch in der äußeren Gestaltung nicht derart vernachlässigt werden, dass sie verunstaltet wirken. Die für spezielle Veranstaltungen oder Ereignisse im Einzelfall genehmigten Plakate oder Plakatträger sind unverzüglich nach Wegfall des Anlasses zu beseitigen.

§ 5

Tierhaltung/Hunde

1. Wer auf Verkehrsflächen oder in Anlagen Tiere, insbesondere Pferde und Hunde mit sich führt, hat die durch die Tiere verursachten Verunreinigungen unverzüglich und schadlos zu beseitigen.
2. Wildtauben und verwilderte Haustauben dürfen nicht gefüttert werden.
3. Auf Verkehrsflächen und in Anlagen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile sind Hunde an der Leine zu führen. Sie dürfen nur von Personen geführt werden, die von ihrer Konstitution her das Tier sicher an der Leine halten können. Außerdem sind Hunde auf Verkehrsflächen und in Anlagen an der Leine zu führen, wo der Leinenzwang durch besondere Beschilderung vorgeschrieben ist.

Auf Verkehrsflächen und in Anlagen außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile hat der Hundehalter sicherzustellen, dass der Hund in seinem Einwirkungsbereich bleibt und Dritte nicht durch Anspringen, Nachlaufen, Beschnuppern o.ä. belästigt werden.

4. Die Vorschriften der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Halten, die Zucht, die Ausbildung und das Abrichten bestimmter Hunde (Landeshundegesetz - LHundG NW -) bleiben unberührt. Hierauf wird insbesondere hinsichtlich besonderer Anforderungen für gefährliche Hunde im Sinne des LHundG NW wie Maulkorbpflicht und weitergehende Anleingebote verwiesen.

§ 6 **Verunreinigungsverbot**

1. Jede Verunreinigung der Verkehrsflächen und Anlagen ist untersagt. Unzulässig ist insbesondere
 1. das Wegwerfen und Zurücklassen von Unrat und Abfällen wie Lebensmittelresten, Kaugummi, Zigarettenkippen, Papier, Glas, Konservendosen oder sonstigen Verpackungsmaterialien sowie von scharfkantigen, spitzen, gleitfähigen oder anderweitig gefährlichen Gegenständen;
 2. das Reinigen und Instandsetzen von Fahrzeugen sowie Wartungsarbeiten;
 3. das Ablassen und die Einleitung von Öl, Altöl, Benzin oder sonstigen flüssigen, schlammigen und/oder feuergefährlichen Stoffen auf die Straße oder in die Kanalisation. Gleiches gilt für das Ablassen und Einleiten von Säuren, säurehaltigen oder giftigen Flüssigkeiten.
Falls derartige Stoffe unbeabsichtigt, z.B. durch Unfall auslaufen, hat der Verursacher alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein Eindringen dieser Stoffe in das Grundwasser oder in die Kanalisation zu verhindern;
 4. der Transport von Flugasche, Flugsand oder ähnlichen Materialien auf offenen Lastkraftwagen, sofern diese Stoffe nicht abgedeckt oder in geschlossenen Behältnissen verfüllt worden sind.
2. Hat jemand öffentliche Verkehrsflächen oder öffentliche Anlagen - auch in Ausübung eines Rechts oder einer Befugnis - verunreinigt oder verunreinigen lassen, so hat er unverzüglich für die Beseitigung dieses Zustandes zu sorgen.
3. Personen, die Waren zum sofortigen Verzehr anbieten, haben Abfallbehälter aufzustellen und die aus dem Betrieb erkennbar entstandenen Rückstände in unmittelbarer Umgebung einzusammeln.
4. Die Absätze 1 und 2 finden nur Anwendung, soweit durch die Verunreinigungen nicht der öffentliche Verkehr gefährdet oder erschwert wird und damit der § 22 StVO anwendbar ist.

§ 7 **Abfallbehälter**

Abfallbehälter auf Verkehrsflächen und in den Anlagen dienen nur zur Aufnahme von Abfällen in geringen Mengen, die im Rahmen der üblichen Nutzung der Verkehrsflächen und Anlagen anfallen.

Im Haushalt oder in Gewerbebetrieben angefallener Abfall darf nicht in Abfallbehälter gefüllt werden, die auf Verkehrsflächen oder in Anlagen aufgestellt sind.

Das Abstellen von Abfällen, z.B. Dosen, Glas, Papier, Sperrmüll oder dergleichen neben Wertstoffsammel- oder Abfallbehältern ist verboten.

§ 8 **Wohnwagen, Zelte und ähnliche Einrichtungen**

Das Ab- und Aufstellen von Wohnwagen, Zelten, Verkaufswagen, Fahrgeschäften, Ständen und ähnlichen Einrichtungen in den Anlagen ist verboten.

§ 9 **Kinderspielplätze/Schulhöfe**

1. Kinderspielplätze dienen nur der Benutzung durch Kinder bis 14 Jahre, soweit nicht durch Schilder eine andere Altersgrenze festgelegt ist und dem Aufenthalt von Begleit- und Aufsichtspersonen.
2. Sonstige Aktivitäten, durch die andere gefährdet werden könnten sowie das Fußballspielen auf den Kinderspielplätzen ist verboten, es sei denn, dass hierfür besondere Flächen ausgewiesen sind.
3. Der Aufenthalt auf Kinderspielplätzen und Schulhöfen ist nur tagsüber bis zum Einbruch der Dunkelheit, längstens jedoch bis 22.00 Uhr erlaubt.
4. Auf Kinderspielplätzen und Schulhöfen dürfen Tiere grundsätzlich nicht mitgeführt werden, ausgenommen hiervon sind Blindenführhunde.
5. Der Konsum von Alkohol u.a. Rauschmitteln sowie das Rauchen auf Kinderspielplätzen ist untersagt.
6. Der Konsum von Alkohol u.a. Rauschmitteln sowie das Rauchen auf Schulhöfen ist untersagt. Ausnahmeregelungen können zugelassen werden.

§ 10 **Hausnummern**

1. Jedes Haus ist vom Eigentümer oder Nutzungsberechtigten auf eigene Kosten mit der dem Grundstück zugeteilten Hausnummer zu versehen; die Hausnummer muss von der Straße erkennbar sein und lesbar erhalten werden.
2. Die Hausnummer ist unmittelbar neben dem Haupteingang deutlich sichtbar anzubringen. Liegt der Haupteingang nicht an der Straßenseite, so ist sie an der zur Straße gelegenen Hauswand oder Einfriedigung des Grundstückes, und zwar an der dem Haupteingang zunächst liegenden Hauswand anzubringen. Ist ein Vorgarten vorhanden, der das Wohngebäude zur Straße hin verdeckt oder die Hausnummer nicht erkennen lässt, so ist sie an der Einfriedigung neben dem Eingangstor bzw. der Eingangstür zu befestigen, ggf. separat anzubringen.
3. Bei Umnummerierungen darf das bisherige Hausnummernschild während einer Übergangszeit von einem Jahr nicht entfernt werden. Es ist so durchzustreichen, dass die alte Nummer erkennbar bleibt.

§ 11 **Einrichtungen für öffentliche Zwecke**

1. Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte, sonstige dinglich Berechtigte, Nießbraucher und Besitzer haben das Anbringen, Entfernen, Verändern und Ausbessern von Zeichen, Aufschriften und Einrichtungen auf den Grundstücken zu dulden, wenn dies zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist.

Hierunter fallen insbesondere Straßenschilder, Hinweisschilder für Gas-, Elektrizitäts-, Wasserleitungen und andere öffentliche Einrichtungen, Vermessungszeichen, Feuermelder sowie deren Zuleitungen. Der Betroffene ist vorher zu benachrichtigen.

2. Es ist untersagt, die in Absatz 1 genannten Zeichen, Aufschriften und sonstige Einrichtungen zu beseitigen, zu verändern oder zu verdecken.

§ 12 **Schutzbedürftige Einrichtungen**

Die Ausübung des Reisegewerbes ist vor öffentlichen Gebäuden, insbesondere vor Kirchen, Schulen und Friedhöfen im Einzugsbereich von Ein- und Ausgängen untersagt. Die Vorschriften des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen bleiben unberührt.

§ 13 **Schutzvorkehrungen**

1. Grundstückseinfriedigungen müssen so hergestellt und unterhalten werden, dass angrenzende Verkehrsflächen oder Anlagen ohne eine Gefahr für Personen oder Sachen benutzt werden können.
2. Schneeüberhang und Eiszapfen an Gebäuden, insbesondere an Dachrinnen, sind von den Gebäudeeigentümern oder den Inhabern der tatsächlichen Gewalt oder Sachherrschaft zu entfernen, wenn Personen oder Sachen dadurch gefährdet werden können.
3. Blumentöpfe und -kästen sind gegen Herabstürzen zu sichern.

§ 14 **Ausnahmen**

Der hauptamtliche Bürgermeister kann auf Antrag Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zulassen, wenn im Einzelfall die Interessen des Antragstellers die durch die Verordnung geschützten Interessen nicht nur geringfügig überwiegen. Die Ausnahmen können unter Bedingungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden.

§ 15 **Verhalten im Auenpark Selm**

1. Neben den in dieser Verordnung genannten Punkten zum Schutz der öffentlichen Anlagen und Verkehrsflächen ist es im Auenpark verboten
 1. den Auenbereich inklusive der Böschung zu betreten
 2. auf bauliche oder gärtnerische Anlagen oder Skulpturen zu klettern
 3. in einem unzulässigen Maße entweder Musik abzuspielen oder zu musizieren
 4. zu reiten
 5. mit Fahrrädern außerhalb der für das Fahrradfahren ausgeschilderten Wege zu fahren oder diese dort abzustellen
 6. unerlaubt Handel oder Gewerbe zu betreiben
 7. Hunde unangeleint laufen zu lassen
2. Der Aufenthalt im Park ist
 - in dem Zeitraum vom 01.05. bis zum 30.09. eines jeden Jahres von 06.00 Uhr bis 23.00 Uhr und
 - in dem Zeitraum vom 01.10. bis 30.04. eines jeden Jahres von 8.00 Uhr bis 21.00.

3. In begründeten Ausnahmefällen kann die Stadt Selm Teile der Parkordnung zeitlich und örtlich außer Kraft setzen.
4. Den Anweisungen des Ordnungsdienstes ist Folge zu leisten. Dieser hat das Hausrecht und kann bei Verstößen Personen des Geländes verweisen.

§ 16 **Ordnungswidrigkeiten**

1. Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen
 1. die allgemeine Verhaltenspflicht gemäß § 2
 2. die Schutzpflichten bezüglich der Verkehrsflächen und Anlagen gemäß § 3
 3. das Verbot des unbefugten Werbens und Plakatierens gemäß § 4
 4. die Bestimmungen zur Haltung und Fütterung von Tieren gemäß § 5
 5. das Verunreinigungsverbot gemäß § 6
 6. die Bestimmungen zur Nutzung der Abfallbehälter gemäß § 7
 7. das Ab- und Aufstellungsverbot gemäß § 8
 8. die Verbote und Nutzungsbeschränkungen für Kinderspielplätze und Schulhöfe gemäß § 9
 9. die Hausnummerierungspflicht gemäß § 10
 10. die Duldungspflichten gemäß § 11
 11. das Verbot gemäß § 12
 12. die Schutzvorkehrungspflichten gemäß § 13
 13. die Verhaltensregeln gemäß § 15der Verordnung verstößt.
2. Verstöße gegen die Vorschriften dieser Verordnung können mit einer Geldbuße von bis zu 2.000,- € nach den Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 24.05.1968 i.d.F. der Bekanntmachung vom 19.02.1987 (BGBl. I S. 602) geahndet werden, soweit sie nicht nach Bundes- oder Landesrecht mit Strafen oder Geldbußen bedroht sind.

§ 17 **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Verkehrsflächen und in Anlagen im Gebiet der Stadt Selm vom 15.04.2020 außer Kraft.

Selm, 08.10.2020

Stadt Selm
als örtliche Ordnungsbehörde
Der Bürgermeister



Löhr

Bekanntmachungsanordnung

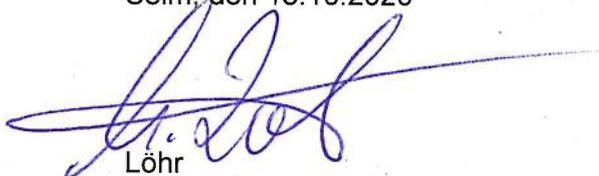
Die vorstehende Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Verkehrsflächen und in Anlagen im Gebiet der Stadt Selm vom 13.10.2020 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird bestätigt, dass der Wortlaut der Verordnung mit dem Ratsbeschluss vom 01.10.2020 übereinstimmt und dass nach § 2 Abs. 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung verfahren worden ist. Nach § 1 Abs. 2 gelten die Vorschriften der Bekanntmachungsverordnung auch für sonstige ortsrechtliche Bestimmungen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen diese Verordnung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Verordnung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der/die BürgermeisterIn hat den Beschluss des Rates vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Selm, den 13.10.2020



Löhr
Bürgermeister

SATZUNG

über den Ersatz des Verdienstaufalles, der Kinderbetreuungskosten und der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Selm vom 13.10.2020

Der Rat der Stadt Selm hat aufgrund der §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666), in der zur Zeit gültigen Fassung, und § 21 Abs. 3 des Gesetzes über Brandschutz-, Hilfeleistungs- und Katastrophenschutzgesetz NRW vom 17.12.2015, in der zur Zeit gültigen Fassung, in seiner Sitzung am folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Ersatz des Verdienstaufalles für Selbstständige

- (1) Beruflich selbstständige ehrenamtliche Angehörige der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Selm haben nach § 21 Abs. 3 BHKG Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufalles, der ihnen durch die Teilnahme an Einsätzen, Übungen, Lehrgängen und sonstigen Veranstaltungen auf Anforderung entstanden ist.
- (2) Die für den Verdienstaufall maßgebliche regelmäßige Arbeitszeit des Selbstständigen ist nach § 21 Abs. 3 Satz 4 individuell zu ermitteln.
- (3) Der Regelstundensatz wird auf 10,00 EUR festgesetzt. Selbstständige können eine besondere Verdienstaufallpauschale je Stunde erhalten, sofern sie einen den Regelsatz übersteigenden Verdienstaufall glaubhaft machen. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens unter Vorlage entsprechender Belege, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird.
- (4) In keinem Fall darf der Verdienstaufallersatz den Betrag von 50,00 EUR je Stunde überschreiten.

§ 2

Kinderbetreuungskosten

- (1) Nachgewiesene Kinderbetreuungskosten werden gemäß nach § 22 Abs. 1 Satz 1 BHKG auf Antrag ersetzt, sofern eine entgeltliche Betreuung während der durch Einsätze, Übungen, Lehrgänge oder sonstige Veranstaltungen auf Anforderung bedingten Abwesenheit vom Haushalt oder während einer Arbeitsunfähigkeit infolge einer Krankheit, die durch diesen Feuerwehrdienst verursacht wurde, erforderlich ist.
- (2) Entgeltliche Kinderbetreuungskosten werden auf Antrag in Höhe der nachgewiesenen Kosten erstattet.
- (3) Die Kinderbetreuungskosten werden nur ersetzt, wenn keine weiteren, im Rahmen gesetzlicher Unterhaltungspflichten zur Kinderbetreuung verpflichteten Personen im Haushalt leben oder wenn diesen die Kinderbetreuung während der einsatzbedingten Abwesenheit nicht zugemutet werden kann. Kosten einer entgeltlichen Kinderbetreuung werden nur für Kinder erstattet, die das 14. Lebensjahr nicht vollendet haben, es sei denn, es liegt im Einzelfall darüber hinaus ein besonderer Betreuungsbedarf vor.
- (4) Kinderbetreuungskosten werden nicht für Zeiträume ersetzt, für die Arbeitsentgelte oder Dienstbezüge fortgezahlt oder Verdienstaufall ersetzt wurde.

§ 3 **Aufwandsentschädigung**

Ehrenamtliche Angehörige der Feuerwehr, die regelmäßig über das übliche Maß hinaus Feuerwehrdienst leisten, können anstelle von Auslagenersatz eine pauschale Aufwandsentschädigung gemäß nach § 22 Abs. 2 erhalten.

Die Beträge der Aufwandsentschädigung werden als monatliche Beiträge in Euro analog § 1 Abs. 2 Nr. 1a 1.Alt. der EntschVO mit folgenden Multiplikationsfaktoren gezahlt:

a) Wehrführer	1,5-fach
b) stellv. Wehrführer	0,75-fach
c) Löschzugführer	0,25-fach
d) stellv. Löschzugführer	0,15-fach
e) Löschgruppenführer	0,2-fach
f) stellv. Löschgruppenführer	0,1-fach
g) Jugendfeuerwehrwart	0,2-fach
h) stellv. Jugendfeuerwehrwart	0,1-fach
i) Kleiderwart	0,05-fach
j) Pflege und Wartung von Atemschutzgeräten -je Gerät	3,50 EUR/mtl
k) Pflege und Wartung von Fahrzeugen	
-je Fahrzeug ELW, MTW, Pritsche-	20,00 EUR/mtl.
-je Fahrzeug LF 8/6, TLF 8, SW 2000, TSF/W-	40,00 EUR/mtl.
-je Fahrzeug RW, GW-G, TLF 16/25, LF 16/12, LF 16 TS, LF 10	60,00 EUR/mtl.
-je Fahrzeug DL	70,00 EUR/mtl

§ 4 **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.11.2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über den Ersatz des Verdienstausfalles, von Kinderbetreuungskosten und der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Selm vom 07.04.2014 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung über den Ersatz des Verdienstausfalles, der Kinderbetreuungskosten und der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Selm wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird bestätigt, dass der Wortlaut der Satzung mit dem Ratsbeschluss vom 01.10.2020 übereinstimmt und dass nach § 2 Abs. 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung verfahren worden ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der/die BürgermeisterIn hat den Satzungsbeschluss des Rates vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Selm, den 13.10.2020


Löhr
Bürgermeister

Bekanntmachung

Einebnung von Reihengräbern auf den Kommunalfriedhöfen in Selm

Gemäß § 13 der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Selm vom 21.12.2018 wird hiermit bekanntgemacht, dass ab dem 04.01.2021 mit der Einebnung folgender Reihengräber auf den Kommunalfriedhöfen in Selm begonnen wird:

Friedhof Selm

Feld	Grab-Nr.	Grabname			
M 09	057	Pfaffenrot	M 10	056	Rogall
M 10	050	Melcher	M 10	057	Diemers
M 10	051	Schakols	M 10	058	Neugebauer
M 10	052	Hanitzsch	M 10	059	Grosche
M 10	053	Friedrich	M 10	066	Scholz
M 10	054	Heinz	M 10	067	Otto
M 10	055	Zimmermann	M 10	068	Neuhaus
			M 10	070	Gerlach
			M 10	074	Pankalla

Friedhof Bork

Feld	Grab-Nr.	Grabname
E 02	036	Wedel
E 02	038	Melchers

Friedhof Cappenberg

L 05	013	Lettmann
------	-----	----------

Die Grabstellen sind auf den Friedhöfen durch entsprechende Hinweisschilder gekennzeichnet.

Nach § 10 der v.g. Satzung beträgt die Ruhefrist und Nutzungsdauer bei Reihengräbern 25 Jahre.

Die Nutzungsdauern und Ruhefristen der einzuebenden Gräber werden zum 31.12.2020 ablaufen.

Die Nutzungsberechtigten der o.g. Grabstellen können gegenüber der Stadt Selm schriftlich ihre Eigentumsansprüche an den Grabmalen und Grabausstattungen bis zum 15.12.2020 geltend machen. Werden Ansprüche bis zu diesem Termin nicht erhoben, gilt dies als Verzicht. Die Grabmale und Grabausstattungen gehen dann entschädigungslos in das Eigentum der Stadt Selm über und werden von ihr entfernt und entsorgt.

59379 Selm, den 05.10.2020

Der Bürgermeister
Im Auftrag

Zeipert

Kraftloserklärung einer Sparkassenurkunde

Die Sparkassenurkunden der Sparkasse an der Lippe Nr. 304 283 211 und 304 283 229 werden nach vorhergegangenem Aufgebotsverfahren für kraftlos erklärt.

Dieser Beschluss kann nur nach Maßgabe der §§ 957, 958 ZPO angefochten werden.

Lünen, 29. September 2020

Sparkasse an der Lippe

n.v. 